

Matthias W. Birkwald,

Renten- und Alterssicherungspolitischer Sprecher der Gruppe Die Linke im Bundestag

[matthias-w.birkwald@bundestag.de](mailto:matthias-w.birkwald@bundestag.de)

## **Auswertung der Antworten auf die Kleine Anfrage „Altersarmut und Alterssicherung in Deutschland“ (20/12285)**

O-Ton Matthias W. Birkwald MdB:

1,4 Millionen Rentnerinnen und Rentner arbeiten neben der Rente weiter<sup>1</sup>. Während das einige aus Freude an der Arbeit oder dem Sinn einer Beschäftigung machen, ist für Viele ein Zusammenhang mit dem von der herrschenden Politik **heruntergewirtschafteten Rentensystem** nicht mehr zu leugnen<sup>2</sup>.

Wer behauptet, Armut - und insbesondere Altersarmut - sei in Deutschland nur ein Randphänomen wird, durch die umfangreiche Zahlensammlung unserer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung eines Besseren belehrt:

In Deutschland lebten im Jahr **2023 18,6 Prozent aller über 65jährigen in Armut** (2020 waren es immerhin nur 16,1 Prozent und 2010 nur 12,1 Prozent). Ältere Frauen waren mit 20,2 Prozent überproportional stark von Altersarmut betroffen. Ein **besonders hohes Armutsrisiko haben alleinstehende Frauen im Alter und chronisch kranke Menschen** mit einer dauerhaften Erwerbsminderung zu tragen:

1,6 Millionen Frauen, mussten von nur **einer Rente** in Höhe von 954 Euro leben.

Ungefähr jede sechste Erwerbsminderungsrente führte direkt zum Sozialamt.

Aber und das ist das erschreckendste Ergebnis:

Von fast acht Millionen Rentnerinnen und Rentnern, die eine Rente mit langen Versicherungszeiten von über 40 Jahren erhalten, **bekamen mehr als ein Drittel nur eine Rente unter 1250 Euro (vor Steuern!) ausgezahlt.**

Bei den mehr als 5,2 Millionen Renten nach 45 Versicherungsjahren waren es immerhin noch fast 25 Prozent, also jede vierte Rente, die unter der Armutsschwelle der EU für Deutschland (EU-SILC) lag. Ich bezweifle stark, dass die große Mehrheit der Betroffenen diese Lücken mit betrieblicher Altersversorgung oder betrieblicher Altersvorsorge oder gar mit privater Vorsorge ausgleichen können; denn von niedrigen Löhnen und Gehältern werden dementsprechend niedrige Beiträge in die in die Gesetzliche Rente eingezahlt. Wer aber nur niedrige Verdienste erzielt, dem wird auch das Geld für nahezu alle anderen Formen der Vorsorge fehlen. Bezeichnend ist auch, dass der Anteil der Renten mit langer Versicherungszeit unter 1250 Euro **besonders im Osten sehr hoch ist**. Thüringen hält dabei mit 43,2 Prozent der Renten nach 40 Versicherungsjahren, die unter 1250 Euro liegen, einen ausgesprochen traurigen Rekord.

**Niemand sollte im Alter von weniger als 1.250 Euro netto leben müssen. Darum brauchen wir eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.250 Euro.** Das fordert Die Linke seit Jahren. Diese soll direkt von der Rentenversicherung als Zuschlag ausgezahlt werden,

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/rentner-arbeit-102.html>

<sup>2</sup> Siehe auch: <https://www.vdk.de/presse/pressemitteilung/vdk-umfrage-zur-arbeit-in-der-rente-zu-viele-haben-angst-vor-altersarmut/>

Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Wohngeld in besonders teuren Städten und Kommunen sollen ebenfalls enthalten sein. Was in Österreich, den Niederlanden und Schweden mit Ausgleichszahlung, Grundrente und Garantierente geht, sollte auch in Deutschland mit einer echten Mindestrente, die ihren Namen auch verdient, möglich sein - denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Und Artikel 1 unseres Grundgesetzes muss selbstverständlich auch für Rentnerinnen und Rentner gelten.

Die Bundesregierung schaut weiter dabei zu, wie das Rentenniveau in den Keller rauscht und alle noch so guten Rentenerhöhungen von der Inflation aufgezehrt werden. Ein mickriges Energiegeld von einmaligen **300 Euro gab es für die Rentnerinnen und Rentner**, während die Beamtinnen und Beamten bis zu **3.000 Euro Inflationsausgleich** erhielten. Auch diese **Ungerechtigkeiten** sind für die Menschen nicht mehr nachvollziehbar.

**Mit dieser Ungleichheit muss endlich Schluss sein!** Wir Linken fordern schon seit Jahren eine **Erwerbstätigenversicherung**, in die alle mit Erwerbseinkommen einzahlen, auch die Beamten, die Selbstständigen, die Freiberufler und **allen voran die Politikerinnen und Politiker**. Wir waren die Ersten, die im Bundestag beantragt hatten, alle Abgeordneten in die Rente einzubeziehen. Alle anderen Parteien haben das abgelehnt.

Wir dürfen nicht weiter nur zusehen, wie die Altersarmut jedes Jahr weiter ansteigt. Die deutschen Renten sind alles andere als generös. Unter den 34 OECD-Staaten liegt Deutschland bei der Höhe der Nettoersatzrate der Renten auf dem viertletzten Platz. Das ist ein Armutszeugnis für ein so reiches Land!

Die Zeit ist reif für einen Paradigmenwechsel im Rentensystem. Wir Linken fordern, das **Rentenniveau** endlich wieder auf 53 Prozent anzuheben, wo es Mitte der 2000er schon lag, bevor es von SPD und Grünen in den Keller geschickt wurde. Das bedeutete eine außerordentliche, zusätzliche, einmalige und dann **dauerhaft geltende Erhöhung aller Renten um zehn Prozent**. Dies wäre eine gute Prävention vor Altersarmut für alle langjährig Versicherten, die überwiegend in Vollzeit gearbeitet hatten. Zusammen mit unseren weiteren Vorschlägen könnten so die Schrauben unseres an sich guten Rentensystems endlich wieder richtig eingestellt werden.

**Ich fordere:**

**Statt Altersarmut: Renten rauf**

### **Auswertung Deutschland insgesamt:**

Die Kleine Anfrage „Altersarmut und Alterssicherung in Deutschland“ liefert einen umfassenden Überblick über alle Daten und Fakten zum Thema Alterssicherung. Soweit möglich wurden Angaben so kleinteilig wie möglich abgefragt, auch für die einzelnen Bundesländer, Landkreise und Gemeinden.

Bundesweit bleiben die hohen Zahlen der Armutgefährdungsquoten unter Senior:innen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, die weiterhin hohen Zahlen an Grundsicherungsbeziehenden im Alter und bei Erwerbsminderung, sowie die niedrigen durchschnittlichen Rentenzahlbeträge im Auge. Interessant ist, dass sich das Verhältnis von Pflichtversicherten zu Rentenbeziehenden seit 2013 verbessert hat.

Besorgniserregend erscheint die Tabelle zu den Rentenzahlbeträgen nach 40 bzw. 45 Versicherungsjahren, die aufzeigt, dass fast ein Drittel bzw. 25 Prozent dieser langjährigen Versicherungsrenten unter der aktuellen Armutsschwelle für Deutschland liegen (EU-SILC 1250 Euro monatlich). Während die Zahlen zur Altersarmut konstant anwachsen, wächst auch die Beschäftigungsquote der Senioren bzw. Rentnerinnen und Rentner. Viele – vor allem Jene mit akademischer Ausbildung und gut bezahlten Berufen – arbeiten gerne weiter, auch, um ihre Kinder und Enkel zu entlasten. Dennoch drängt sich eine Korrelation anhand der Ergebnisse dieser Kleinen Anfrage auf.

Das Thema Rente und Alterssicherung wird an Bedeutung noch stark zunehmen – und damit leider weiter auch das Thema Altersarmut.

### **Pflichtversicherte im Verhältnis zu Renter\*innen:**

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017
Pflichtversicherte	30.343.659	30.716.108	31.230.307	31.602.291	32.177.065
Rentner*innen	18.992.119	19.085.656	19.288.514	19.429.046	19.461.765
Verhältnis	1,60	1,61	1,62	1,63	1,65

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022
Pflichtversicherte	32.849.191	33.409.912	33.484.085	33.771.518	34.103.004
Rentner*innen	19.519.729	19.532.069	19.618.914	19.664.338	19.712.882
Verhältnis	1,68	1,71	1,71	1,72	1,73

Die Entwicklung des Verhältnisses von Rentner\*innen zu Pflichtversicherten zeigt von 2013 bis 2022 eine leichte Steigung an. Dies lässt sich mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters und der guten Arbeitsmarktsituation erklären. Es zeigt auch, dass aktuell eine Panik aufgrund des demografischen Wandels nicht angezeigt ist. Die Anzahl der Pflichtversicherten ist von 2013 bis 2022 um 12,3 Prozent gestiegen, während die Anzahl der Rentner\*innen nur um 3,8 Prozent gestiegen ist.

Das Verhältnis von Pflichtversicherten zu Rentner\*innen ist in Ost und West unterschiedlich. Im Osten liegt es tendenziell niedriger, im Westen etwas höher durchschnittlich. Das lässt sich damit erklären, dass es im Westen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt.

### Geringfügig Beschäftigte nach Art des Beitrags zu Rentenversicherung:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Insgesamt	7.811.376	7.704.750	7.763.218	7.806.047	7.878.276
Kein Beitrag	307.373	329.752	320.534	314.472	311.372
Voller Beitrag	1.197.080	1.280.700	1.326.583	1.365.647	1.408.166
Pauschalbetrag für geringfügig Beschäftigte	6.306.923	6.094.298	6.116.101	6.125.928	6.158.738

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023
Insgesamt	7.886.579	7.315.836	7.408.027	7.622.232	7.859.848
Kein Beitrag	299.312	244.223	256.370	272.300	264.521
Voller Beitrag	1.432.043	1.364.110	1.405.972	1.464.851	1.554.201
Pauschalbetrag für geringfügig Beschäftigte	6.155.224	5.707.503	5.745.685	5.885.078	6.041.124

Das Verhältnis voller Beiträge, keine Beiträge und Pauschalbeiträge in geringfügiger Beschäftigung ist in den vergangenen neun Jahren relativ konstant geblieben. In absoluten Zahlen gab es in der Corona-Zeit einen Rückgang von geringfügiger Beschäftigung, der sich mit den Einschränkungen durch die Pandemie erklären lässt, 2023 aber wieder leicht zurückgegangen ist. In der Pandemie waren es die Menschen im Minijob, denen zuerst gekündigt wurde. 2023 lässt sich gegenüber 2014 ein leichter Anstieg der vollen Beitragszahlung und ein leichter Rückgang keiner Beiträge erkennen, was lobend zu erwähnen ist. Da sich erst durch den vollen Beitrag viele Versicherungsvorteile eröffnen, ist eine solche Entwicklung weiter durch gesetzgeberische Maßnahmen zu fördern.

### Gender Pension Gap: Unterschiede bei Männern und Frauen beim durchschnittlichem Rentenzahlbetrag nach Rentenarten: Rentenzugang und Rentenbestand insgesamt:

#### Erwerbsminderungsrenten

Jahr	2012 Rentenzugang	2012 Rentenbestand	2022 Rentenzugang	2022 Rentenbestand	Differenz Zugang Bestand 2022
Männer	640	729	998	934	+64 = 6,4 %
Frauen	583	682	918	943	-25 = -2,7%
Verhältnis	8,9 %	6,5 %	8,0 %	-0,9 %	

#### Altersrenten

Jahr	2012 Rentenzugang	2012 Rentenbestand	2022 Rentenzugang	2022 Rentenbestand	Differenz Zugang Bestand 2022
Männer	960	1.090	1.275	1.373	-98 = -7,7 %
Frauen	556	570	910	890	+20 = 2,2 %
Verhältnis	42,1 %	47,7 %	28,6 %	35,2 %	

## Hinterbliebenenrenten

Jahr	2012 Rentenzugang	2012 Rentenbestand	2022 Rentenzugang	2022 Rentenbestand	Differenz Zugang Bestand 2022
Frauen	545	592	704	754	-50 = -7,1 %
Männer	239	258	365	396	-31 = 8,5 %
Verhältnis	-128 %	-129,5 %	-92,9 %	-90,4 %	

Der **Gender Pension** Gap hat sich bei den Altersrenten leicht verändert, bleibt aber mit 35,2 Prozent immer noch hoch. Interessant ist, dass bei den Erwerbsminderungsrenten die Frauen gut „aufholen“ konnten und sich ihre Renten im Bestand deutlich verbessert haben. Das liegt nicht nur an verbesserten Zurechnungszeiten, sondern auch an verbesserten Erwerbsbiografien, die für die Berechnung der EM-Rente bis zum Falle der Erwerbsminderung entscheidend sind. Beim Unterschied der Hinterbliebenenrenten zeigt sich wiederholt, wie wichtig diese vor allem für das Alterseinkommen von Frauen sind.

Wichtig ist auch, die Differenz zwischen Zugang und Bestandsrenten anzuschauen. Während bei den Altersrenten die Zugangsrenten immer niedriger liegen, was vor allem an der Kürzung von Zurechnungszeiten in der Versicherungszeit liegt (zum Beispiel durch die Streichung von Rentenbeiträgen im ALG II-Bezug), sind die Erwerbsminderungsrenten im Zugang höher als im Bestand, weil hier die Anrechnungszeiten regelmäßig nur für die neuen Jahrgänge verbessert wurden. Es bleibt abzuwarten, ob die ab diesem Jahr geltenden Zuschläge für EM-Renten eine Trendumkehr einleiten können.

### Anzahl der Renten wegen Alters nach 40 bzw. 45 Versicherungsjahren über und unter 1250 Euro:

Rentenbestand am 31.12.2023	Renten mit Versicherungsjahren (Beitrags- und beitragsfreie Zeiten) von		Verhältnis in Prozent	
	40 Jahre und mehr	45 Jahre und mehr	40 Jahre	45 Jahre
<b>Deutschland</b>	<b>7.954.800</b>	<b>5.237.898</b>		
unter 1.250 EUR	2.648.966	1.297.024	<b>33,3</b>	<b>24,8</b>
über 1.250 EUR	5.305.834	3.940.874	<b>66,7</b>	<b>75,2</b>
Schleswig-Holstein	255.019	162.359		
unter 1.250 EUR	77.481	34.298	<b>30,4</b>	<b>21,1</b>
über 1.250 EUR	177.538	128.061	<b>69,6</b>	<b>78,9</b>
Hamburg	113.978	67.184		
unter 1.250 EUR	31.643	12.520	<b>27,8</b>	<b>18,6</b>
über 1.250 EUR	82.335	54.664	<b>72,2</b>	<b>81,4</b>
Niedersachsen	706.692	463.510		
unter 1.250 EUR	222.029	104.553	<b>31,4</b>	<b>22,6</b>
über 1.250 EUR	484.663	358.957	<b>68,6</b>	<b>77,4</b>
Bremen	50.210	31.566		
unter 1.250 EUR	16.351	7.344	<b>32,6</b>	<b>23,3</b>
über 1.250 EUR	33.859	24.222	<b>67,4</b>	<b>76,7</b>
Nordrhein-Westfalen	1.263.177	848.664		
unter 1.250 EUR	349.238	166.396	<b>27,6</b>	<b>19,6</b>
über 1.250 EUR	913.939	682.268	<b>72,4</b>	<b>80,4</b>
Hessen	490.594	321.577		
unter 1.250 EUR	136.633	62.603	<b>27,9</b>	<b>19,5</b>
über 1.250 EUR	353.961	258.974	<b>72,1</b>	<b>80,5</b>
Rheinland-Pfalz	350.205	246.923		
unter 1.250 EUR	105.614	54.660	<b>30,2</b>	<b>22,1</b>
über 1.250 EUR	244.591	192.263	<b>69,8</b>	<b>77,9</b>
Baden-Württemberg	901.920	619.329		
unter 1.250 EUR	267.776	126.815	<b>29,7</b>	<b>20,5</b>
über 1.250 EUR	634.144	492.514	<b>70,3</b>	<b>79,5</b>

Bayern	1.076.750	726.599		
unter 1.250 EUR	345.254	167.527	<b>32,1</b>	<b>23,0</b>
über 1.250 EUR	731.496	559.072	<b>67,9</b>	<b>77,0</b>
Saarland	91.298	63.625		
unter 1.250 EUR	23.590	12.031	<b>25,8</b>	<b>18,9</b>
über 1.250 EUR	67.708	51.594	<b>74,2</b>	<b>81,1</b>
Berlin	318.305	183.084		
unter 1.250 EUR	96.956	40.314	<b>30,5</b>	<b>22,0</b>
über 1.250 EUR	221.349	142.770	<b>69,5</b>	<b>78,0</b>
Brandenburg	440.673	282.628		
unter 1.250 EUR	166.410	86.271	<b>37,8</b>	<b>30,5</b>
über 1.250 EUR	274.263	196.357	<b>62,2</b>	<b>69,5</b>
Mecklenburg-Vorpommern	289.374	177.977		
unter 1.250 EUR	120.346	61.538	<b>41,6</b>	<b>34,6</b>
über 1.250 EUR	169.028	116.439	<b>58,4</b>	<b>65,4</b>
Sachsen	773.541	507.891		
unter 1.250 EUR	330.577	175.971	<b>42,7</b>	<b>34,6</b>
über 1.250 EUR	442.964	331.920	<b>57,3</b>	<b>65,4</b>
Sachsen-Anhalt	426.483	272.522		
unter 1.250 EUR	183.252	93.434	<b>43,0</b>	<b>34,3</b>
über 1.250 EUR	243.231	179.088	<b>57,0</b>	<b>65,7</b>
Thüringen	406.581	262.460		
unter 1.250 EUR	175.816	90.749	<b>43,2</b>	<b>34,6</b>
über 1.250 EUR	230.765	171.711	<b>56,8</b>	<b>65,4</b>

Da durchschnittliche Rentenbeträge immer schwer zu vergleichen sind, da sie auch die Renten nach 5 Jahren Versicherungszeit erfassen, wurden hier die Renten nach 40 und 45 Versicherungsjahren abgefragt, die unter bzw. über der aktuellen Armutsschwelle der Europäischen Union für Deutschland (EU SILC) von 1250 Euro monatlich liegen. Die Ergebnisse machen deutlich: auch unter den Renten nach langer Versicherungszeit gibt es Armutsrenten. Mehr als ein Drittel aller Renten nach 40 Versicherungsjahren liegen unter 1250 Euro monatlich (Rentenzahlbetrag vor Steuern). Im Bundesdurchschnitt schwankt der prozentuale Anteil von 25,8 Prozent im Saarland zu 43,2 Prozent in Thüringen.

Bei den Renten nach 45 Versicherungsjahren verbessern sich die Werte unwesentlich. In Deutschland insgesamt liegen fast 25 Prozent aller Renten mit 45 Versicherungsjahren unter der Armutsschwelle, während ihr Anteil in den Bundesländern zwischen 18,9 Prozent (Saarland) und 34,6 Prozent (Thüringen) schwankt.

Es ist ebenfalls interessant, dass der Anteil der Renten unter 1250 Euro in den ostdeutschen Bundesländern höher liegt als in den westdeutschen. Hier machen sich wohl die hohe Arbeitslosigkeit sowie die schlecht bezahlten Jobs der Nachwendezeit schon bemerkbar.

Niedrige Renten entstehen bei niedrigem Verdienst trotz langer Versicherungszeit. Der niedrige Verdienst lässt erahnen, dass auch für andere Formen der Alterssicherung (betriebliche Altersvorsorge und private Vorsorge) die Mittel begrenzt sein werden.

**Tabelle zu Frage 6 (s. Anhang Antwort Bundesregierung S. 51): Durchschnittliche Gesamrentenzahlbeträge bei Mehrfach- und Einzelrenten:**

Die Tabelle macht deutlich, dass insbesondere Frauen von den Hinterbliebenenrenten profitieren und ihre in großem Umfang von Mehrfachrenten profitieren. Mit einer Einzelrente kommen Sie selbst im Durchschnitt nicht über 1.000 Euro Rentenzahlbetrag (vor Steuern), sodass die Auswirkungen der Hinterbliebenenrenten-Regelungen hier deutlich werden.

**Auswertung der Zahlen zur Altersarmut (siehe zitierte Seiten Anhang Antwort Bundesregierung):**

**Insgesamt beziehen in Deutschland fast 900.000 Menschen Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung.** Davon sind 464.839 Personen über 65 Jahre alt (293.807 davon Frauen und 171.029 Männer). Grundsicherung bei Erwerbsminderung beziehen 435.010 Menschen, davon 244.539 Männer und 190.471 Frauen (s. S. 68).

Insgesamt in Deutschland ergab sich für 2012 eine Grundsicherungsquote ab Altersgrenze von 2,8 Prozent, bei Männern 2,4 Prozent, bei Frauen **3,1 Prozent** (s. Seite 121), **im Jahre 2022 sind diese gestiegen.**

Insgesamt stieg sie in ganz Deutschland auf 3,7 Prozent, bei Männern auf 3,7 und bei Frauen auf 3,8 Prozent (s. Seite 131).

Im Jahr 2012 gab es 338.371 (2,2 Prozent) Grundsicherungsfälle im Alter **mit Rentenbezug** (Frauen: 211.646 bzw. 2,4%; Männer 126.725 bzw. 1,9%, s. Seite 141).

Auch diese Zahlen sind **gestiegen**: Insgesamt lagen sie 2022 bei insgesamt 454.135 (bzw. 2,8%), davon 248.695 (bzw. 2,7 %) Frauen sowie 205.445 (bzw. 2,9 %) Männer (s. S. 142).

Bei den Grundsicherungsfällen bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug ist der Anteil noch höher. 2012 lag er insgesamt bei 12,0 % und ist bis 2022 auf 14,7 % angestiegen (ebenso S. 141-142).

**Die Quintessenz: Das Alterssicherungssystem schafft es immer schlechter, vor der Inanspruchnahme von Grundsicherung zu schützen.**

Die **Nettoausgaben für die Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung sind von 2013 von ca. 5,2 Milliarden Euro auf 10,1 Milliarden Euro gestiegen. Das liegt natürlich auch an der Erhöhung der Regelsätze und der generellen Inflation, es zeigt jedoch trotzdem, dass Altersarmut nicht nur die Menschen, sondern auch den Staat viel kostet.

Die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner im Wohngeld ist seit 2013 von 300.002 auf 306.369 gestiegen (s. S. 149-150). Die Armutsgefährdungsquoten sind konstant hoch geblieben und unter den Senior\*innen aktuell höher als in der Gesamtbevölkerung (18,4 Prozent zu 14,4 Prozent, s. S. 151).

Die Beschäftigungsquote der Über-63-Jährigen ist seit 2013 von 21,8 Prozent auf 30,6 Prozent angestiegen.